

15. LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG

139. Sitzung Mittwoch, 14. Oktober 2015, 9:00 Uhr

## **TOP 1**

### **Aktuelle Debatte**

**Wie nachhaltig ist grüne Verkehrs- und**

**Bauordnungspolitik im Praxistest aktueller Herausforderungen?**

Rede von

**Winfried Mack MdL**

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

der CDU-Landtagsfraktion

*Es gilt das gesprochene Wort.*

**Abg. Winfried Mack, CDU:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Neben der Flüchtlingsproblematik haben wir in Baden-Württemberg zwei Krisen: zum einen die Wohnungsnot in den Ballungsräumen und zum anderen die Herausforderungen für die Automobilindustrie.

Es geht nicht nur um die Abgasprobleme. Von Südwestmetall habe ich diese Woche gehört, die Zulieferer der Automobilindustrie – in Baden-Württemberg gibt es 2 000 Unternehmen im Bereich der Automobilzulieferer – werden jetzt gebeten, 30 % der Kosten einzusparen. Das lässt sich ohne Verlagerungen nicht umsetzen. Das heißt, da sind Arbeitsplätze in Gefahr.

Diese beiden Krisen zusammen können erhebliche soziale Spannungen verursachen, wenn die Mieten ansteigen und die Zahl der Arbeitsplätze sinkt. Deswegen möchte ich schon einmal die Frage stellen, ob diese Regierung Probleme lösen kann oder ob diese Regierung vielleicht selbst Teil des Problems ist.

Beim Flüchtlingsgipfel vor einem Jahr haben wir Ihnen, Herr Ministerpräsident, gesagt: Wenn pro Jahr 50 000 Menschen nach Baden-Württemberg kommen – jenseits der Flüchtlinge, aus anderen Ländern in Deutschland, in Europa –, dann müssen wir massiv in den Wohnungsbau gehen. Ich habe noch in Erinnerung, wie lange Ihr Mund offen gestanden hat.

Was ist dabei herausgekommen? Es ist ein Programm für Flüchtlingswohnheime in Baden-Württemberg herausgekommen. Aber für den eigentlichen Wohnungsbau ist gar nichts getan worden.

Dann hat der Ministerpräsident gesagt, er wolle die Flüchtlinge in den Osten schicken, dann seien die Probleme gelöst.

Dann hat in der Sommerpause Boris Palmer gesagt: „Jetzt sind wir so weit, dass wir eine Beschlagnahme machen müssen.“ Dann hat Fritz Kuhn gesagt, er wolle von jemandem, der ein halbes Jahr seine Wohnung leer stehen lässt, 50 000 € kassieren. Jetzt, wo für die Re-

gierung das Kind in den Brunnen gefallen ist, ist in der Zeitung zu lesen, Nils Schmid dürfe einen Wohnungsbaugipfel machen, das sei ein Konjunkturprogramm für die SPD. Nils Schmid tut mir mit dieser Aufgabe leid. Wir müssen jetzt alle Hebel umlegen.

Letztes Jahr noch wurde mit der Mehrheit von Grün und Rot eine LBO-Novelle vorgenommen, die sogenannte „Efeu-Novelle“. In ganz Deutschland sind wir dafür ausgelacht worden. Diese „Efeu-Novelle“ ist am 1. März in Kraft getreten. Es ist eine Regelung verabschiedet worden, wonach in Baden-Württemberg pro Wohnung zwei überdachte und diebstahlgesicherte ebenerdige Fahrradstellplätze vorhanden sein müssen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Menschen brauchen zuerst einmal ein Dach über dem Kopf, bevor man überdachte Fahrradstellplätze vorschreibt.

Es wurde eine massive Verschärfung der Plausibilitätsprüfung vorgenommen. Die Gemeinden sind bis zum heutigen Tag gegängelt worden, wenn sie Wohnbauland ausweisen wollten. Nun hat mir am vergangenen Montag ein Bürgermeister gesagt, die gleichen Beamten, die bisher im Auftrag von Winfried Hermann herumgelaufen sind und gesagt haben: „Du darfst kein Bauland ausweisen, weil du angeblich keinen Einwohnerzuwachs hast“, kommen jetzt und fragen: „Hast du Baugelände? Wir brauchen jetzt dringend für die Flüchtlinge Baugelände?“ So hat sich die Sache verändert.

Aber warum macht man so eine falsche Politik? Warum hält man an einer solchen falschen Politik fest? Wir brauchen keine Beschlagnahme, wir brauchen keine Strafzahlungsregelung mit diesem grün-roten Zweckentfremdungsgesetz. Was wir brauchen, sind in der Tat steuerliche Anreize. Wir brauchen relativ schnell größere Siedlungsflächen für den allgemeinen Wohnungsbau. Aber dazu muss man wissen: Wenn man Siedlungsflächen ausweist, braucht man auch Straßen, braucht man auch ÖPNV. Da kann man nicht das Landesgemeindevkehrsfinanzierungsgesetz so verabschieden, wie es im Moment im Haus vorliegt, sondern da muss man den Hebel umlegen und den Gemeinden helfen, Siedlungen zu erschließen, Straßen zu diesen Siedlungen zu bauen und den ÖPNV zu organisieren. Deswegen sind wir mit dieser Regierung völlig falsch unterwegs.

Bei der Ausschreibung des Schienenpersonennahverkehrs für die Stadt Stuttgart und für die Region – stellen Sie sich das einmal vor – rechnet dieser Verkehrsminister, der übrigens immer noch nicht da ist – er steckt wohl im Stau, weil offensichtlich die Abgaskontrollen schon in Kraft sind –, mit einem Anteil der Stehplätze von 35 %. Bei der Organi-

sation des Schienenpersonennahverkehrs und dem Kauf der Fahrzeuge rechnet er heute schon mit 35 % Stehplätzen, obwohl wir einen Einwohnerzuwachs haben. Was soll denn dieser Unsinn?

Heute ist in den Zeitungen zu lesen, der soziale Wohnungsbau komme nicht in Gang. Wenn man ein Förderprogramm für den sozialen Wohnungsbau macht, bei dem die energetische Komponenten strenger sind als in der LBO, dann braucht man sich doch nicht zu wundern, warum der soziale Wohnungsbau im Land nicht in Gang kommt.

Wir brauchen eine Wohnungsbauoffensive für alle. Wir müssen den Wohnungsbau ankurbeln.

Jede Krise, Herr Sckerl, ist ein Lackmustest für eine Regierung. Daran sieht man, ob eine Regierung et-was taugt oder nichts taugt. Ich kann nur sagen: Diese Regierung ist Teil des Wohnungsbauproblems in Baden-Württemberg.

Zum VW-Abgasskandal: Natürlich müssen die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Natürlich muss die Sache untersucht werden. Natürlich darf nichts unter den Teppich gekehrt werden. Übrigens ist dafür der Bund zuständig und nicht das Land. Zuständig ist das Kraftfahrt-Bundesamt, das mit Steuergeldern finanziert wird.

Was erwartet man von einer Regierung im Mutterland des Automobils, wo fast jeder vierte Arbeitsplatz vom Automobil abhängt?

Erwarten wir von einer solchen Regierung, dass sie Abgasschnüffeltests erfindet, für die sie gar nicht zuständig ist? Oder erwartet man, dass die Regierung sagt?: „Baden-Württemberg ist das Automobilland Nummer 1. Wir werden diese Probleme lösen. Wir haben die besten Techniker, wir haben die besten Ingenieure, wir haben die besten Facharbeiter.

Damit werden wir diese Dinge zusammenbekommen. Wir werden es schaffen. Innovation ist bei uns das Tagesgeschäft.“ Eine solche Aussage erwarte ich von einem Ministerpräsidenten. Stattdessen sagt er in der Landespressekonferenz, Minister Hermann mit seinen Abgasschnüffeltests habe recht, diese brauchten wir. Warum machen wir solche Tests, die sich nach eigener Aussage von Hermann – der immer noch nicht da ist –

gegen Daimler und Porsche richten? Man muss sich das einmal vorstellen: Er sagt, sie richteten sich gegen Daimler und Porsche. Der Minister kündigt an, auf der Verkehrsministerkonferenz werde er alle Verkehrsminister Deutschlands dafür gewinnen, seinen Abgasschnüffeltest gut zu finden. Dann kommt er zurück wie der begossene Pudel: Kein einziger ist ihm gefolgt.

Aber sein Pressesprecher sagt, die Vorbereitungen für die Tests liefen unverändert weiter. So ist es in Baden-Württemberg: Während sich andere Sorgen um die Automobilindustrie machen, wollen Hermann und Co. den Abgasskandal bei VW nutzen, um ihr altes Vorurteil bestätigt zu sehen, dass nämlich die Automobilindustrie ein Hort kapitalistischer Umweltverschmutzer sei, den man endlich ausmerzen müsse. Das steckt doch letztlich dahinter.

Was hat Minister Hermann bei dem Kongress „Neue Mobilität – Baden-Württemberg bewegt nachhaltig“ im April dieses Jahres gesagt? Wörtliches Zitat:

*Baden-Württemberg ist nicht länger Automobilland. Das Auto sei längst nicht mehr dominant. Wer auf das Auto setzen würde, mache sich lächerlich.*

Das ist das Originalzitat der Aussage von Minister Hermann im April dieses Jahres. Diese Regierung hat ein Motto, das der Umweltminister in einer Werbekampagne auf den Punkt gebracht hat: „Gemeinsam weniger erreichen“. Dann steht dort „Wendekarte“.

Dann kommt – das hat er schon vorausgesehen –: „Ich bin dann mal weg.“ Das wünschen wir uns für den 13. März.

Vielen Dank.

## 2. Runde:

**Abg. Winfried Mack, CDU:** Warum der Verkehrsminister heute Morgen bei dieser Debatte nicht da ist, ist nach den Worten von Frau Staatssekretärin Splett klar geworden. Diesen Verkehrsminister hat die Regierung als Unfallschwerpunkt erkannt und ihn deshalb aus dem Verkehr gezogen.

Nur so kann es sich erklären, warum er nicht da ist und Frau Splett hier erklären musste, dass diese Abgasschnüffeltests offensichtlich doch nicht durchgeführt werden. Herr Schmiedel, herzlichen Glückwunsch, Sie haben sich durchgesetzt.

Sie haben als SPD den Mut gehabt, sich hinzustellen und zu sagen, niemand würde sich einen gebrauchten Dieselwagen kaufen, wenn er befürchten muss, von einem „Hermann-Messkommando“ aus dem Verkehr gezogen zu werden. Der Verbraucher sollte nicht durch chaotisierte Aktionen verunsichert und die Hersteller nicht unter Generalverdacht gestellt werden. Genauso ist es, Herr Schmiedel. Herzlichen Glückwunsch, dass Sie sich durchgesetzt haben und es in Baden-Württemberg Dieselabgasschnüffeltests nicht gibt. Wenn man die Frau Staatssekretärin zum Wohnungsbau gehört hat, kann man nur sagen, sie hat das Problem überhaupt nicht begriffen.

Sie hat gesagt, kein Flüchtlingsheim in Baden-Württemberg scheitere daran, dass die Fassadenbegrünung hergestellt werden muss. Es geht doch generell um den Wohnungsbau, dass wir jetzt in dieser Situation generell dafür sorgen müssen, dass der Wohnungsbau wieder in Gang kommt. Das haben Sie bis zum heutigen Tag nicht begriffen.

Es gibt nur ein einziges Argument, auf das ich noch eingehen will, das ernsthaft ist und von Grün und Rot in dieser Debatte genannt wurde. Das ist das Thema: Wenn weiter gebaut wird, haben wir natürlich eine dichtere Bebauung, und dann müssen wir schauen, wie ist das Klima an heißeren Tagen. Wir hatten das schon bei der Debatte zur LBO. Durch die Dachbegrünung kann man überhaupt nichts erreichen, denn wenn die Hitzewelle im Sommer kommt, dann ist das Dach längst trocken und kann zum Kleinklima in dieser Siedlung gar nichts beitragen.

Deswegen braucht man eine systematische Durchgrünung unserer Straßen und Plätze, und das muss man beispielsweise über die Stadtsanierung fördern.

Herr Wirtschaftsminister und Wohnungsbauminister, herzlich willkommen, dass Sie zum Schluss auch noch da sind.

Das kann man beispielsweise bei der Stadtsanierung machen, aber doch nicht über die LBO. Meine Damen und Herren, wenn Sie es nicht schaffen, bei der LBO einen Rollback zu machen, dann werden Sie den Herausforderungen im Wohnungsbau in Baden-Württemberg nicht gerecht.